



Presseschau vom 30.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Liefern sie Wehrmachtshelme? Gattin des ukrainischen Botschafters verspottet deutsche Militärhilfe

Die Ehefrau des ukrainischen Botschafters in Berlin wirft Deutschland Geiz und mangelnden Respekt vor den ukrainischen Opfern des Zweiten Weltkriegs vor. Die Helmlieferung für die ukrainische Armee verhöhnte sie mit Bildern von Wehrmachts- und Preußenhelmen. ...

<https://kurz.rt.com/2suw>

Rainer Rupp, Karl Rehbaum: Nachruf auf den letzten Chef der DDR-Auslandsaufklärung: "Das war nicht das Ende der Geschichte!"

Werner Großmann, der letzte Chef der DDR-Auslandsaufklärung im Rang eines Generalobersts, ist am 28. Januar nach kurzer, aber schwerer Krankheit verstorben. Mit seinen 92 Jahren war er bis zuletzt bei Gesprächen am Krankenbett mit glasklarem Verstand und ungetrübten Erinnerungen gesegnet. ...

<https://kurz.rt.com/2svi>

Alexander Palucki: Ist die Mutter aller Finanzblasen kurz vorm Platzen?

Der Finanzmarkt ist seit Wochen sichtlich in Aufruhr, manche seiner Zweige sogar im freien Fall. Die Erregung hat bereits einige unabhängige Experten weltweit ins Rampenlicht gerückt, die sogar von einer US-gespeisten "Superblase" sprechen. ...

<https://kurz.rt.com/2svr>

abends/nachts:

de.rt.com: **Atomgespräche mit Iran steuern in die "Endphase"**

Die Gespräche zur Wiederherstellung des Atomdeals mit Iran gehen laut westlichen Verhandlern sowie dem russischen Top-Unterhändler in die letzte Etappe. Iran signalisiert auch bei einem weiteren günstigen Verlauf der Verhandlungen, zu direkten Gesprächen mit den USA bereit zu sein.

Die Verhandlungen zur Wiederbelebung des Atomabkommens (JCPOA) aus dem Jahr 2015 mit Iran gehen nach Angaben aus Teilnehmerkreisen in die Endphase, wie Politico am Freitag berichtete.

Westliche Diplomaten stehen vor einer selbst gesetzten Frist, nämlich Mitte Februar, um zu versuchen, das Abkommen wiederzubeleben. Das bedeutet, dass die nächsten Wochen entscheidend dafür sind, ob der Deal wiederhergestellt wird oder nicht. Das Abkommen soll das iranische Atomprogramm im Austausch für die Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran wieder einschränken.

Ein mit dem Thema vertrauter US-Beamter sagte, niemand sollte überrascht sein, "dass wir in die letzte Etappe gekommen sind". Nun bräuchten beide Seiten politische Entscheidungen zu den schwierigsten Themen bei den Atomverhandlungen, fügte er hinzu. Der russische Chefunterhändler Michail Uljanow sagte, dass die Verhandlungen einen kritischen Punkt zur erhofften Wiederbelebung des Atomdeals erreicht hätten, in dem politische Entscheidungen erforderlich seien.

Ein namentlich nicht genannter hochrangiger westlicher Diplomat erklärte, dass Fortschritte bei Schlüsselthemen erzielt worden seien, einschließlich der Frage, wie das iranische Atomprogramm erneut begrenzt und verhängte Sanktionen gegen Teheran aufgehoben werden können.

In welcher Reihenfolge man diese Schritte zur Rettung des Atomabkommens umsetzt, steht weiterhin im Mittelpunkt der Meinungsverschiedenheiten. Die iranische Regierung bekräftigte mehrfach, dass Iran erst dann zu seinen Verpflichtungen im Rahmen des Atomabkommens zurückkehren werde, nachdem das Land überprüft habe, dass die Sanktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat aufgehoben worden seien. Die Aufhebung der Sanktionen bedeutet, dass die Islamische Republik in der Lage sein sollte, ihr Öl unter normalen Bedingungen zu verkaufen und ihr Geld zu erhalten.

Iran muss seinerseits Schritte unternehmen, um sein Nuklearprogramm zu reduzieren, nämlich die Anreicherung von Uran bis zu einem Reinheitsgrad von 60 Prozent einzustellen. Wahrscheinlich wird das Land im Zuge dessen seinen derzeitigen Vorrat in diesem Grad ins Ausland exportieren sowie viele fortschrittliche Zentrifugen, die zur Anreicherung von Uran verwendet werden, außer Betrieb nehmen.

In Wien verhandeln Vertreter Irans mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland und China über die Wiederbelebung des Atomabkommens. Die USA waren unter Präsident Donald Trump aus dem Abkommen ausgetreten und hatten einseitig Iran mit neuen massiven Sanktionen belegt. Die neue Regierung in Washington hat von Anfang an eine Bereitschaft zur Rückkehr in den Vertrag signalisiert. Die Verhandlungen der USA laufen mit Iran indirekt. Der iranische Außenminister Hossein Amir-Abdollahian erklärte letzte Woche, die Islamische Republik sei bei einem weiteren günstigen Verlauf der Verhandlungen zu direkten Gesprächen mit den US-Amerikanern bereit. Ein hochrangiger westlicher Diplomat sagte gegenüber Politico, es gebe derzeit keine konkreten Anzeichen für direkte Gespräche zwischen den USA und Iran, auch wenn sie in naher Zukunft nicht ausgeschlossen werden könnten.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f53d7948fbef50d434bd79.jpg>

wpered.su: Dmitrij Nowikow: Bei seiner Rede in der Staatsduma bewies G.A. Sjuganow, dass die Initiative der KPRF, die DVR und die LVR anzuerkennen, Frieden bringen wird

Die Sendung „Unterdessen“ des Fernsehsenders „Swesda“ war Schlüsselaspekten des Verhandlungsprozesses zwischen Russland und dem Westen über Garantien im Bereich der Sicherheit gewidmet. Gast im Studio war der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF, der erste stellvertretende Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für internationale Angelegenheiten, Dmitrij Nowikow, teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Dmitrij Nowikow erinnerte an die Initiative der Kommunistischen Partei zur Anerkennung der Unabhängigkeit der LVR und der DVR durch Russland. Er unterstrich, dass der Vorsitzende der KPRF G.A. Sjuganow in seiner Rede in der Staatsduma bewiesen hat, dass diese Idee in keiner Weise einen Krieg provoziert. Im Gegenteil, sie stellt auf der einen Seite einen Versuch dar, Kiew zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zu veranlassen, auf der anderen Seite ist sie auf den Schutz der Einwohner der zwei Volksrepubliken gerichtet. Großes Unbehagen rief beim Team Wladimir Selenskis die kürzliche Rückkehr Pjotr Poroschenkos nach Kiew und seine Erklärung über die „starke ukrainische Armee“ hervor. Nach Meinung Dmitrij Nowikows bedeutet dies für Selenskij eine Aktivierung eines gefährlichen Konkurrenten, der zudem in der Lage ist, einen Teil der rechtsradikalen Kräfte zu einigen. Dies zwingt die Regierung der Ukraine dazu, den Grad der aggressiven außenpolitischen Rhetorik zu verringern und die Aufmerksamkeit wieder auf die Wähler zu richten, die für Selenskis stimmte, weil sie mit einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland und einem Ende des Kriegs im Donbass rechneten.

snews.de: Wenn Russland Gashahn zudreht: Litauen entwirft Plan zur Gewährleistung eigener Energiesicherheit

In Anbetracht der möglichen Maßnahmen, die der Westen gegen Russland im Falle einer „Invasion“ in die Ukraine verhängen will, ist auch die Angst vor Gegensanktionen aus Moskau groß. Eine davon könnte aus Sicht der westlichen Politiker der Stopp der russischen Gaslieferungen nach Europa sein. Für diesen Fall hat Litauen einen Sonderplan erarbeitet. Ende Januar hat Gazproms Terminal für Flüssigerdgas (LNG) „Marschall Wassilewski“ zum ersten Mal seit zwei Jahren Fracht nach Kaliningrad geliefert. Eine Reihe litauischer Experten hat darin den Wunsch Russlands gesehen, die Gassicherheit der Region Kaliningrad für den Fall der Einstellung von Gaslieferungen durch Pipelines aus Nachbarländern zu gewährleisten, um sich vor möglichen Nato-Sanktionen wegen der Spannungen um die Ukraine zu schützen.

Die litauische Regierung hat sich ihrerseits besorgt gezeigt, dass im Falle einer möglichen

Zuspitzung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine die baltischen Staaten ohne russisches Gas dastehen würden.

Laut einem Bericht des Nachrichtenportals „15min.lt“ beschlossen die litauischen Behörden diese Woche einen Plan zur Gewährleistung der Energiesicherheit des Landes. Dieser sehe zusätzliche Gasimporte über das Flüssigerdgasterminal in Klaipeda vor. Die Rolle des Terminals soll unter anderem in den letzten Wochen in Gesprächen mit Vertretern der USA und der Europäischen Union (EU) zur Sprache gekommen sein.

LNG-Terminal in Klaipeda und GIPL-Pipeline als Rettungsoption

Ein hochrangiger Vertreter der litauischen Regierung teilte gegenüber dem Portal mit, dass der Energiesicherheitsplan in den letzten zwei Wochen im Auftrag von Ministerpräsidentin Ingrida Simonyte vom Energieminister Dainius Kreivys erstellt worden sei.

Laut der Sprecherin von Kreivys, Vita Ramanauskaite, traf Litauen strategische Entscheidungen „zur Diversifizierung der Erdgasversorgungsquellen und zur Integration von Erdgassystemen“. Das LNG-Terminal in Klaipeda und die bald in Betrieb genommene polnisch-litauische Gaspipeline ermöglichten es dem Land, die Erdgasversorgung „unabhängig von den Handlungen der russischen Seite“ sicherzustellen.

Gleichzeitig fügte sie hinzu, Litauen sei derzeit nicht über „die geplanten oder möglichen Änderungen der Transit- oder Importmengen von Erdgas“ informiert.

Tomas Janeliunas, Professor am Institut für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft der Universität Vilnius, sagte gegenüber dem Nachrichtenportal, dass das litauische Flüssigerdgasterminal „gerade wegen solcher potenziellen Krisen ein kritisches Element für die gesamte Region“ sei.

„Da Russland die Gaslieferungen in die baltischen Staaten leicht unterbrechen kann, könnte unser LNG-Terminal zu einem Rettungspaket nicht nur für Litauen, sondern auch für Lettland und Estland werden“, erklärte Janeliunas weiter.

Die stellvertretende litauische Energieministerin, Daiva Garbaliuskaite, hat im Januar bei einem Treffen mit der polnischen Klima- und Umweltministerin, Anna Moskwa, Polen vorgeschlagen, das Erdgas über das LNG-Terminal Klaipeda zu importieren.

Im Dezember, nach dem Treffen der Leiter des Energieministeriums Litauens und der Ukraine, war bekannt gegeben worden, dass Kiew ebenfalls an Lieferungen von verflüssigtem Erdgas aus dem Hafen von Klaipeda über die polnisch-litauische Ferngasleitung Gas Interconnection Poland-Lithuania (GIPL) interessiert sei. Diese soll Mitte 2022 fertiggestellt werden und die Integration des baltischen Gasmarktes in den europäischen Markt sicherstellen.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, hatte am vergangenen Montag abermals betont, Russland habe seine Vertragsbedingungen für die Gaslieferungen nach Europa einwandfrei eingehalten und kein einziges Mal Anlass dazu gegeben, seine Zuverlässigkeit in Zweifel zu ziehen. Die Behauptung über die „Möglichkeit einer Einstellung“ der Gaslieferungen von Russland nach Europa sei ein glänzendes Beispiel für die Fake-Hysterie, fügte Peskow hinzu.

Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau hingegen hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und grundlos „dämonisiert“ werde.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0c/15/4768102_0:162:2500:1568_1920x0_80_0_0_0c4a10699848260078422dd1283b6a27.jpg

vormittags:

snnews.de: **Ukraine-Konflikt: Johnson kündigt mehr militärisches Engagement in Osteuropa an**

Angesichts der zugespitzten Lage um die Ukraine will Großbritannien sein militärisches Engagement in Osteuropa ausweiten. Premierminister Boris Johnson erwägt, die Zahl britischer Soldaten in der Region zu verdoppeln und Estland Waffen zur Selbstverteidigung zu liefern, wie die britische Regierung am Samstagabend mitteilte.

Derzeit sind nach offiziellen Angaben mehr als 900 britische Soldaten in Estland stationiert, mehr als 100 in der Ukraine und 150 in Polen.

„Dieses Maßnahmenpaket würde dem Kreml eine deutliche Botschaft schicken: Wir werden ihre destabilisierenden Aktivitäten nicht dulden und stehen stets fest an der Seite unserer Nato-Verbündeten angesichts russischer Feindseligkeiten“, sagte Johnson.

„Falls Präsident (Wladimir) Putin den Weg des Blutbads und der Zerstörung wählt, bedeutet dies eine Tragödie für Europa. Die Ukraine muss frei in der Wahl ihrer Zukunft sein.“

Johnson sagte, er habe dem Militär befohlen, sich darauf vorzubereiten, die Nato-Verbündeten in Europa zu Land, zu Wasser und in der Luft zu unterstützen.

Am Vorabend war bekannt geworden, dass Johnson bald mit Putin telefonieren will und eine Reise in die Region plant. Das genaue Ziel wurde bisher nicht genannt. Die britische Regierung will am Montag militärische Optionen diskutieren, hieß es nun. Am Dienstag werde Generalstabschef Tony Radakin das Kabinett über die Lage informieren.

In Brüssel sollen zudem die Details des britischen Angebots mit der Nato besprochen werden.

Johnson wolle sich zudem Anfang Februar mit den Staats- und Regierungschefs der Nato-Mitglieder treffen, hieß es aus Regierungskreisen ohne Details. Außenministerin Liz Truss und Verteidigungsminister Ben Wallace sollen bald für Gespräche nach Moskau reisen. Am Montag will das Außenministerium in London zudem neue Sanktionen bekannt geben, die Russlands „strategische und finanzielle Interessen“ treffen sollen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1e/5177866_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_e786845b062e3ddb200f5ee32470ec42.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 29. Januar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: Lawrow zum Fall Nawalny: "Deutschland schweigt zu unseren Fragen"

Deutschland verweigert weiterhin die Kooperation mit russischen Behörden bei der Aufklärung des angeblichen Giftanschlages auf Nawalny. Das erklärte Außenminister Lawrow am Freitag. Nawalny hatte Deutschland verboten, Proben und Befunde Russland zu überlassen.

In einem am Freitag mit vier russischen Radiosendern – Sputnik, Goworit Moskwa, Komsomolskaja Prawda und Echo Moskwy – geführten Interview sagte der Außenminister der Russischen Föderation Sergei Lawrow, er neige zu der Überzeugung, dass die westlichen Staaten keinen stichhaltigen Grund haben, das offizielle Moskau der Vergiftung des oppositionellen Bloggers Alexei Nawalny im August 2020 zu beschuldigen. Die ganze Geschichte, so Lawrow, sei erfunden, um Russland zu provozieren.

Die Frage zu Nawalny hatte Alexei Wenediktow gestellt, der Chefredakteur des oppositionell-liberalen Senders Echo Moskwy. Wenediktow selbst hatte vor einigen Wochen exklusiv berichtet, dass Nawalny der deutschen Seite ausdrücklich verboten habe, ihm entnommene Proben oder Erkenntnisse im Zusammenhang mit seiner Behandlung in der Berliner Charité im Jahr 2020 den russischen Behörden bekannt zu geben.

Am 2. Januar 2022 sagte er in einer Sendung seiner oppositionellen Radioanstalt: "Alexei Nawalny hat die Übermittlung von Testergebnissen an die Russische Föderation verboten. Die Deutschen haben ein offizielles Verbot der Familie von Alexei Nawalny, irgendwelche Tests an Russland zu übergeben."

Lawrow berichtete, dass die deutschen Behörden die Mitteilung ihrer Erkenntnisse über die angebliche Vergiftung Nawalyns und die Beantwortung der Fragen der russischen Ermittler, die bereits im Herbst 2020 Berlin mitgeteilt worden waren, mit der Begründung verweigern, die russischen Behörden sollen zuerst ein Strafverfahren einleiten.

Der russische Außenminister qualifizierte dieses Verhalten als einen groben Verstoß gegen die Verpflichtungen Deutschlands im Rahmen der zwischen beiden Ländern geltenden Rechtshilfeübereinkommen. Diese seien nicht davon abhängig, in welchem prozessualen Stadium sich das Verfahren in dem die Auskünfte begehrenden Staat befindet.

Russland selbst geht mit den Ergebnissen der Analysen der Proben des Patienten Nawalny

offen und transparent um. Eine Zusammenfassung der Erkenntnisse der russischen Ermittler im Umfang eines Leitz-Ordners werde auch der Presse zur Verfügung gestellt, betonte Lawrow.

Der Außenminister zählte einige der – von den nicht übergebenen Laborbefunden abgesehen – bis heute offen gebliebenen Fragen auf:

"Wer hat ihn auf dem Flug nach Berlin begleitet? Warum wurde, was nach objektiven Befunden feststeht, das Ambulanzflugzeug, das Nawalny in Omsk abgeholt hat, einen Tag vor seiner Erkrankung bestellt? (...) Warum willigte der Pilot, der die Mitnahme der Wasserflasche durch Pewtschich zunächst abgelehnt hatte, letztendlich (in die Mitnahme) ein? Wer war der sechste Passagier (auf diesem Flug)? Warum steht Pewtschich für eine Vernehmung nicht zur Verfügung?"

Auch die besagte Flasche wird niemandem gezeigt und den russischen Behörden nicht zurückgegeben, sagte Lawrow, obwohl dieses Beweisstück ungesetzlich aus Russland geschmuggelt worden sei. Selbst die Bitte, die russischen Ermittler diese Flasche im Beisein deutscher Ermittler begutachten zu lassen, wird von der deutschen Seite abgelehnt.

Die Begründung der deutschen Seite, warum Nawalyns Proben, in denen angeblich durch Bundeswehr-Experten Nowitschok gefunden worden war, Russland nicht zur Verfügung gestellt werden, änderten sich inzwischen, berichtete Lawrow. Es wird nun nicht mehr ein militärisches Geheimnis bemüht, sondern die Übergabe wird mit Verweis darauf verweigert, dass Nawalny dies verboten habe. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW), die die angeblich dem russischen Oppositionellen zuzuordnenden Proben in deutschem Auftrag auch untersucht habe, verweigere die Übergabe oder zumindest detaillierte Mitteilung der Befunde ihrerseits mit Verweis darauf, dass Deutschland dem nicht zustimme. Lawrow erinnerte daran, dass im offiziellen Befund der OPCW nicht behauptet wird, dass in der Probe Nowitschok gefunden worden sei. Die Rede ist in dem Untersuchungsbericht vielmehr von Komponenten eines chemischen Stoffes, der selbst nicht unter den verbotenen Stoffen gelistet sei, aber Ähnlichkeit mit dem verbotenen Nowitschok aufweise.

Anders als im deutschen Strafprozessrecht geht im russischen Strafprozess der förmlichen Einleitung eines Strafverfahrens obligatorisch ein Stadium der Vorprüfung voraus. In diesem Vorstadium prüfen die Ermittler, ob ein Anfangsverdacht einer Straftat vorliegt. Wenn ein solcher festgestellt werden kann, wird durch einen formalen und in den Akten zu dokumentierenden Akt der vorgesetzten Ermittlungsbehörde das förmliche Strafverfahren eingeleitet, in dessen Zuge vertieft ermittelt wird.

In diesem Vorstadium stecken die Ermittlungen im Fall der angeblichen Vergiftung Nawalyns bis zum heutigen Tag. Die Ermittler und die kontrollierende Staatsanwaltschaft betonten schon mehrfach, dass es nach den in Russland vorliegenden Erkenntnissen keine Vergiftung und keine andere Straftat zulasten Nawalyns gegeben hat, die zu seinem gesundheitlichen Problem und den Behandlungen in Omsk und Berlin führten. Allein die Behauptung der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel oder von Nawalny selbst reichen für einen Anfangsverdacht nicht. Der Anfangsverdacht einer Vergiftung kann unter den gegebenen Umständen nur auf medizinischen Unterlagen wie der Epikrise (dem Entlassungsbrief) oder der Offenlegung der Analysen beruhen.

Am 20. August 2020 war Nawalny auf einem Flug von Tomsk nach Moskau erkrankt. Nach einer Notlandung in der sibirischen Stadt Omsk wurde er in ein Krankenhaus gebracht und in ein künstliches Koma versetzt. Die Ärzte in Russland diagnostizierten bei ihm eine nicht näher bezeichnete Stoffwechselstörung und stabilisierten mittels einer medikamentösen Behandlung seinen Zustand. Nach russischen Angaben fanden sich in den Nawalny in Omsk abgenommenen Blut-, Urin- und Gewebeprobe keine Spuren von Giften oder Nervenkampfstoffen.

Bereits am nächsten Tag, in den frühen Morgenstunden des 21. August, startete von Nürnberg aus ein Ambulanzjet vom Typ CL60 zu einem 4000-Kilometer-Flug nach Omsk. An Bord

befand sich ein deutsches Ärzteteam. Der russische Präsident Wladimir Putin genehmigte auf Bitten von Nawalnys Ehefrau seine Ausreise nach Deutschland zu Behandlungszwecken, obwohl dem Blogger wegen einer auf den folgenden Montag angesetzten Gerichtsverhandlung in dem Verfahren wegen Beleidigung eines Kriegsveteranen die Ausreise gerichtlich verboten war. Er hatte sich auf gerichtliche Weisung eigentlich in Moskau aufzuhalten. Die Überführung des weiterhin Bewusstlosen nach Berlin erfolgte am frühen Morgen des 22. August.

In Deutschland wurde er in der mittlerweile für Verwicklungen in allerlei spektakuläre Fälle berüchtigten Charité behandelt, wo er offensichtlich binnen weniger Wochen vollständig genesen ist. Die damalige Bundeskanzlerin Merkel verkündete nach drei Tagen in einer Pressekonferenz, ein Bundeswehrlabor habe in den Proben Nawalnys Nowitschok gefunden. Beweise dafür wurden bis zum heutigen Tag nicht offengelegt.

Nawalny selbst veröffentlichte bis zum heutigen Tag keinerlei medizinische Unterlagen, weder den Entlassungsbrief, den jedes Opfer einer Körperverletzung in Deutschland als Erstes zu den Akten gibt, noch sonstige Befunde oder Epikrisen. Auch befreite er die Ärzte der Berliner Charité offensichtlich nicht von der Schweigepflicht, was weder von Transparenz noch von Aufklärungswillen des selbst ernannten Saubermanns zeugt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f570cbb480cc4c545ee3aa.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 29. Januar 3:00 Uhr bis 30. Januar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK drei Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der folgenden Ortschaften: **Alexandrowka, Jelenowka, Nowaja Marjewka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, erlitt ein Mann, geb. 1965, dabei eine Schussverletzung. Außerdem wurden durch Beschuss in Jelenowka Dach und Fensterverglasung einer Antriebsunterstation, der Transformator Nr. 1, Isolatoren von Stromleitungen und eine Draisine der Eisenbahn beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 11.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden 4 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Russland verlegt Seemanöver außerhalb ausschließlicher Wirtschaftszone Irlands**

Nach Protesten irischer Fischer hat Russland angekündigt, ein geplantes Marinemanöver vor der Südwestküste Irlands zu verlegen. Das teilten die russische Botschaft in Dublin und das irische Außenministerium mit.

Russland verzichtet nach eigenen Angaben darauf, die für 3. bis 8. Februar geplante Marineübung vor der Südwestküste Irlands abzuhalten. Dies sei „ein Zeichen des guten Willens“ gegenüber der Regierung in Dublin und irischen Fischerei-Gruppen, erklärte der russische Botschafter auf der Insel, Juri Filatow, unter Berufung auf Verteidigungsminister Sergej Schoigu.

Laut der Mitteilung, die die russische Botschaft in Dublin den russischen Medien vorlegte, beruht die Entscheidung auf der Absicht, den normalen Arbeitsablauf der irischen Fischer in traditionellen Fanggebieten nicht zu beeinträchtigen.

„Wir betonen noch einmal, dass die Übungen in voller Übereinstimmung mit dem Völkerrecht durchgeführt werden und Irland in keiner Weise bedrohen“, hieß es.

Der Geschäftsführer der Irish Fish Processors and Exporters Association, Brendan Byrne, der zusammen mit der Irish South and West Fish Producers Organization diese Woche den Botschafter getroffen hat, sagte gegenüber der „Irish Times“, er begrüße die Entscheidung Russlands, die Marineübungen zu verlegen.

„Es ist ein umweltsensibles Gebiet. Ein Ort, auf den die irischen Fischer für ihren Lebensunterhalt angewiesen sind, weil es sich in einem Laichgebiet der irischen pelagischen Fischbestände befindet“, schilderte er.

Auch der irische Außenminister, Simon Coveney, erklärte am Samstagabend die Entscheidung auf seiner Twitter-Seite für richtig. Er habe einen entsprechenden Brief aus Moskau erhalten und begrüße diese Antwort:

Irland hält Zeitpunkt der Übungen für unpassend

Irische Fischer hatten zuvor angekündigt, die Militärübung stören zu wollen, die rund 240 Kilometer vor der Küste von Cork geplant ist. Laut Angaben der „Irish Times“ wurden in dem Gebiet bis zu 60 fischende Boote erwartet. Zwar liegt dieses in internationalen Gewässern, aber in der sogenannten ausschließlichen Wirtschaftszone, der 200-Meilen-Zone Irlands. Der Ort gilt als äußerst fischreich.

Daraufhin einigten sich Fischereivertreter und der russische Botschafter auf einen Kompromiss.

Zuvor hatte der russische Botschafter versichert, dass die Marineübungen „in keiner Weise eine Bedrohung für Irland“ darstellten und „kein Schaden beabsichtigt“ werde. Das Verkehrsministerium hat eine Sicherheitsmitteilung an alle Seeleute herausgegeben, in der vor dem genauen Ort der geplanten russischen Marineübungen vor der Südwestküste gewarnt wurde.

Coveney hat letzte Woche erklärt, dass die Pläne Russlands „nicht willkommen“ seien.

Allerdings habe Irland nicht die Befugnisse, die Durchführung der Übungen zu verhindern.

„Ich habe dem russischen Botschafter in Irland klar gemacht, dass dies nicht erwünscht ist. Es ist nicht die passende Zeit, um die militärischen Aktivitäten und Spannungen vor dem Hintergrund dessen, was derzeit mit und in der Ukraine passiert, zu verstärken“, zitiert ihn die irische Zeitung.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/06/18/2603183_28:0:1226:674_1920x0_80_0_0_6cea9a3026387b823f655c69b0eaf170.jpg

snanews.de: **Nach Angriff auf Gefängnis in Syrien – 200 IS-Anhänger geflohen**

Bei dem Angriff von Terroristen auf ein Gefängnis in Syrien in der vergangenen Woche soll deutlich mehr Häftlingen die Flucht gelungen sein als zunächst gedacht. Nach neuen Informationen der Zeitung „New York Times“ waren bis zu 200 inhaftierte Dschihadisten ausgebrochen.

Am Donnerstag voriger Woche hatten Angreifer zwei Autobomben am Eingang des Gefängnisses im ostsyrischen Hasaka gezündet. Zu dem Angriff bekannte sich die Terrormiliz Islamischer Staat (IS). Ersten Berichten zufolge konnten dabei mindestens 20 inhaftierte IS-Anhänger aus der Haftanstalt fliehen. Die als gut vernetzt geltende Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte berichtete von Dutzenden Flüchtigen.

Nach aktuellen Informationen der „New York Times“ waren bis zu 200 Gefängnisinsassen entkommen. Das Blatt beruft sich dabei auf einen US-Beamten. Ziel des Angriffs sei vermutlich die Befreiung inhaftierter IS-Anführer und Bombenspezialisten gewesen. Die von der kurdischen YPG-Miliz angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), die die Stadt kontrollieren, wollten diese Angaben laut der Zeitung zunächst nicht kommentieren.

Die SDF hatten in der vergangenen Woche mit einem Großaufgebot nach den Geflohenen gefahndet. Heftige Kämpfe in Hasaka dauerten mehrere Tage an. Am Mittwoch erklärte die SDF-Führung, das Gefängnis stünde wieder unter Kontrolle der Behörden. Bei den Kämpfen seien 175 Terroristen getötet worden, bis zu 1000 weitere hätten sich ergeben. Die eigenen Verluste gaben die SDF mit 27 getöteten Soldaten an.

Die syrischen Behörden warfen der von den USA angeführten Militärkoalition vor, den IS-Angriff auf das Gefängnis bewusst geschehen zu lassen, um ihre völkerrechtswidrige Präsenz in Syrien zu rechtfertigen. Auch Russland nahm die Ereignisse in Hasaka zum Anlass, um den USA ein Versagen im Kampf gegen den Terrorismus vorzuwerfen und ein Ende ihrer Militärpräsenz in Syrien zu fordern.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1e/5178616_0:155:2229:1409_1920x0_80_0_0_11106_9671604c7e3df1ba0e58cc2fc48.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 29. Januar um 9:00 Uhr 22.601 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. 656 Personen sind derzeit erkrankt, 18.783 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 3162 Todesfälle.

de.rt.com: **Gegen Russland: Klitschko zieht persönlich in den Krieg**

Der dreifache Boxweltmeister und derzeitige Oberbürgermeister Kiews Witali Klitschko hat angekündigt, mit dem Maschinengewehr in der Hand in den Krieg gegen Russland zu ziehen. Zudem berichtete er in einer Talkshow über seine detaillierten Pläne zur Verteidigung Kiews. Der ehemalige Profiboxer und derzeitige Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew Witali Klitschko hat zum wiederholten Mal angekündigt, dass er im Fall eines Krieges gegen Russland selbst die Waffe in die Hand nehmen und sich freiwillig zur Front melden wird. Dies sagte er am Freitag in der Talkshow des US-amerikanisch-ukrainischen Journalisten Sawik Schuster im TV-Sender Ukraina 24:

"Wenn eine militärische Aggression beginnt, werde ich als ehemaliger Soldat ein Maschinengewehr in die Hand nehmen und in den Krieg ziehen."

Außerdem berichtete er, dass er einen detaillierten Kriegsplan ausgearbeitet habe. Er könne zwar nicht alles offenbaren, aber mehr als 500 strategisch wichtige Objekte in Kiew seien durch seinen Plan sicher geschützt, betonte Klitschko. Für die Verteidigung dieser Objekte habe er Algorithmen ausgearbeitet, alles sei vorbereitet, und auch das nötige Personal für eine erfolgreiche Verteidigung sei rekrutiert.

In Kiew gäbe es etwa 5.000 Luftschutzbunker, die zwei Millionen Menschen fassen könnten, beruhigte der Bürgermeister die Studiogäste. Auf Nachfrage ergänzte er, dass er damit unter anderem Metrostationen, Keller von Wohnhäusern und Tiefgaragen meinte.

Angesprochen darauf, dass einige Luftschutzbunker derzeit als Stripclubs verwendet werden, entschuldigte Klitschko sich bei den Betreibern der Clubs dafür, dass die Räume nun zu Luftschutzzwecken gebraucht werden.

Absichten, mit der Waffe in der Hand gegen Russland in den Krieg zu ziehen, äußert Klitschko nicht zum ersten Mal. Mitte Januar bekundete er dies dem britischen Sender Channel 4:

Klitschko hat schon seit Langem sichtbare Schwierigkeiten, seine Gedanken in seiner Muttersprache Russisch auszudrücken. Noch schwerer fällt ihm dies in der ihm fremden ukrainischen Sprache, die er nach derzeitigen Gesetzen der Ukraine ausschließlich verwenden

muss. Er ist dadurch mit vielen peinlichen Szenen zum Objekt von Spott geworden.

...

Doch auch vor bewussten Lügen schreckte der Ex-Boxer nicht zurück. So hatte er inmitten des Maidan-Konfliktes im Jahr 2013 – damals noch selbstverständlich auf Russisch – ebenfalls in einer Talkshow Schusters behauptet, dass in der EU jedem Berufsabsolventen nach dem Berufsabschluss ein Arbeitsplatz staatlich garantiert sei.

Schuster wurde 1952 in Vilnius geboren und siedelte 1971 im Gefolge seiner Familie aus der Sowjetunion nach Kanada über. Er studierte Medizin, hat in diesem Beruf jedoch nie gearbeitet. Anfangs betätigte er sich im Auftrag US-amerikanischer Geheimdienste als Informationskrieger in Afghanistan: Er gestaltete eine falsche Zeitung, die an die von den sowjetischen Soldaten sonst gelesene Zeitung erinnerte, in der er Falschmeldungen brachte, die die Moral der sowjetischen Verbände senken sollten. Von 1988 bis 2001 arbeitete Schuster für Radio Free Europe/Radio Liberty.

Danach begann seine Karriere beim russischen Fernsehen, wo er von 2001 bis 2004 für den Sender NTW arbeitete. Nach der Übernahme von NTW durch den Staatskonzern Gazprom wurde Schusters Sendung abgesetzt, daraufhin ging Schuster nach Kiew. Dort zählte Schuster neben Jewgeni Kisseljow zu den populärsten Fernsehmoderatoren. Während und nach dem Maidan wurde sie zum Hort einseitiger Propaganda für den Maidan und die proeuropäischen Kräfte. Schuster, der bis heute nicht Ukrainisch lernte, genießt als Einziger im ukrainischen Fernsehen die Möglichkeit, seine Shows auf Russisch zu moderieren, obwohl der Sender damit gegen das ukrainische Sprachengesetz verstößt.

Der Sender Ukraina 24 gehört dem Topoligarchen und Strippenzieher der ukrainischen Politik Rinat Achmetow.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f59b2bb480cc5ed2184339.jpg>

Mzdnr.ru: Am 29. Januar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 76 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 34 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 47 ins Krankenhaus eingewiesen.

Insgesamt sind 660 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 337 mit Sauerstoffunterstützung (+18 in den letzten 24 Stunden).

Am 30. Januar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 124.968 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

5577 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 109.849 als gesund entlassen, es gibt 9542 Todesfälle.

de.rt.com: Sekretär des russischen Sicherheitsrates verneint Bedrohung für Ukraine: "Wir wollen keinen Krieg"

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates sieht vor dem Hintergrund der Spannungen zwischen Moskau und dem Westen keine Bedrohung für die Ukraine. Nikolai Patruschew zufolge brauche Russland keinen Krieg. Der Westen verfolge aber seine eigenen unlauteren Ziele.

Der Sekretär des russischen Sicherheitsrates hat am 30. Januar die Situation um die Ukraine kommentiert. Nach einer Gedenkzeremonie für die Opfer der Leningrader Blockade bezeichnete Nikolai Patruschew auf dem Piskarjowskoje-Gedenkfriedhof in Sankt Petersburg Spekulationen, wonach Russland die Ukraine bedrohe, als "völligen Unsinn". Es gebe keine Bedrohung.

"Wir wollen keinen Krieg. Wir brauchen ihn gar nicht."

Gleichzeitig erklärte er, dass es besonders im Westen Kriegstreiber gebe, die ihre eigenen unlauteren Absichten verfolgten. Russland sei gegen ein solches Szenario. Patruschew machte darauf aufmerksam, dass sogar ukrainische Amtsträger zuletzt eine Bedrohung für ihr Land bestritten hatten.

"Aber US-Amtsträger behaupten, dass es eine Bedrohung gibt, und sie sind bereit, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen, indem sie Waffen ins Land liefern."

Patruschew zufolge kümmere sich Washington nicht um mögliche Verluste auf jeder Seite des Konflikts.

Die USA und die NATO werfen Russland seit Monaten vor, einen Überfall auf die Ukraine zu planen. Russland weist dies täglich zurück. Seinerseits fordert Moskau von Washington und dem westlichen Militärbündnis schriftliche Garantien, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten erweitern wird.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f659deb480cc6b18663974.jpg>

snanews.de: **Kroatischer Präsident: EU nutzt Ukraine im Konflikt mit Russland aus**
Kroatiens Präsident Zoran Milanović sieht die Verantwortung für die Zuspitzung der Situation zwischen Russland und der Ukraine bei europäischen Politikern. Er kritisierte zudem Premierminister Andrej Plenković wegen seines Umgangs mit dem Land als „ukrainischen Agenten“.

Wie Milanović im Fernsehsender RTL erklärte, befindet sich die Ukraine seit acht Jahren in „einer beängstigenden Lage“ gegenüber der Europäischen Union (EU), die ihrerseits „unverantwortlich“ mit der Ukraine umgeht.

„Sie (die Ukrainer – Anm. d. Red.) haben nichts von der EU erhalten, und versprochen wurden ihnen Milliarden und Milliarden“, sagte das Staatsoberhaupt.

Er selbst sei „weder ein Feind der Ukraine noch ein Freund Russlands“. Aber dass die Ukraine „ein korruptes Land“ sei, stehe in den EU-Berichten, so der kroatische Präsident. Ihm zufolge hat Kiew Probleme und es ist an der Zeit, dass die ukrainischen Behörden mit ihrer Lösung beginnen.

„Die Verhandlungen mit den Separatisten fortsetzen, die auch Russland nicht anerkannt hat, nicht die Tatsache ignorieren, dass es dort Unterhändler gibt, die nicht die besten Jungs sind, aber man muss mit ihnen reden. Und nicht ständig den Weg der Konfrontation mit der Atom- und Hyperschallmacht Russland gehen“, betonte Milanović.

Wer zu Konfrontationen anstiftet, ist nach seiner Ansicht „ein gefährlicher Scharlatan“ – „davon gibt es in Europa jetzt genug“.

Die Ukraine, fuhr der Präsident fort, werde „von denselben Bürokraten aus Brüssel“ verspottet, die andere Staaten verspottet hätten. Sie verkauften ihnen „Luft“ und versprächen „einen assoziierten Status“. Nach EU-Angaben sei das Land, so Milanović, in einer sehr schlechten Position – „es war einst entwickelt und jetzt ist das BIP pro Kopf auf dem Niveau des Kosovo“.

Kiew mit Äußerung des Präsidenten unzufrieden

Am vergangenen Dienstag hatte der kroatische Präsident angekündigt, alle kroatischen Soldaten aus den Nato-Formationen in Osteuropa abzuziehen, sollte es in der Ukraine zu einem Krieg kommen.

Zuvor hatte Milanović erklärt, die jüngste Zuspitzung habe nichts mit der Ukraine zu tun, „sondern mit Bidens Politik“, in der er Widersprüchlichkeit und ein gefährliches Verhalten sehe. Ihm zufolge hat die Ukraine „keinen Platz in der Nato“, da sie „eines der korruptesten Länder der Welt“ sei.

Das ukrainische Außenministerium hat die Äußerungen des Präsidenten des Balkanstaates über die Lage im Land und seine Nato-Mitgliedschaft als „inakzeptabel“ bezeichnet und darauf verwiesen, dass diese Worte der offiziellen Position des Staates zuwiderliefen und den Beziehungen schaden. Kiew forderte außerdem Milanović dazu auf, seine Aussage zurückzunehmen.

Zugleich ist das Staatsoberhaupt wegen seiner Äußerungen in die Datenbank der „Peacemaker“-Webseite (dt. „Friedensstifter“) als „antiukrainischer Propagandist“ aufgenommen worden.

Spannungen zwischen Milanović und kroatischem Premierminister

Premierminister Plenković hatte sich zuvor in Kiew für die Worte des Präsidenten entschuldigt und sie als „Unsinn“ bezeichnet. Ihm zufolge ist das kroatische Kontingent zuvor wie geplant aus Polen zurückgekehrt. In Bezug auf seine Äußerungen über die Ukraine erwiderte Milanović gegenüber RTL:

„Lassen Sie Plenković sich entschuldigen. Er benimmt sich wie ein ukrainischer Agent. Und ich – wie der Präsident von Kroatien. Das ist ein großer Unterschied“, sagte er.

Er habe in Russland noch nie einen Arbeitsbesuch abgestattet und nie mit dem russischen Botschafter Kaffee getrunken, so Milanović. Er werde sich nicht entschuldigen. Der Premier sei eine gewöhnliche „Schachfigur“, die dorthin gehe, wo sie nicht hingehöre.

Der kroatische Premierminister hatte im Dezember Kiew besucht, wo er und der ukrainische Präsident Wladimir Selenski eine gemeinsame Erklärung zur europäischen Perspektive der Ukraine unterzeichnet hatten. Das Dokument definiert die vorrangigen Bereiche der Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Kroatien im Rahmen des strategischen Kurses des Staates auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft in der EU. Milanović hat die Reise mit Blick auf die Spannungen an der ukrainischen Grenze scharf kritisiert.

Die Beziehungen zwischen den westlichen Ländern und Russland bleiben hinsichtlich der Ukraine angespannt. Der Westen äußert die Befürchtung eines Angriffs seitens Russlands auf das Nachbarland und droht Russland seitdem mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau hingegen hatte mehrmals erklärt, dass Russland keine aggressiven Pläne habe und unbegründet „dämonisiert“ werde.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1e/5179592_0:147:3121:1902_1920x0_80_0_0_8f6bbfe48f02f33cbb8e09f00b71d71f.jpg

nachmittags:

snanews.de: Auswärtiges Amt bestätigt Ausweisung von Mitarbeiter des russischen Generalkonsulats in München

Die Bundesregierung hat bereits im Sommer 2021 einen Mitarbeiter des russischen Generalkonsulats in München ausgewiesen. Das bestätigte das Auswärtige Amt am Freitagabend auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur. Zuvor hatte der „Spiegel“ darüber berichtet. Zu den Hintergründen äußerte sich das Ministerium nicht.

„Wir bestätigen, dass im Sommer 2021 ein Mitarbeiter des Generalkonsulats der Russischen Föderation in München zur persona non grata erklärt und zur Ausreise aufgefordert wurde“, erklärte eine Sprecherin lediglich. „Persona non grata“ bedeutet „unerwünschte Person“. Der „Spiegel“ berichtete unter Berufung auf „mit dem Vorgang vertraute Personen“, dass der Mann nur zum Schein als Diplomat akkreditiert, aber tatsächlich hauptamtlicher Mitarbeiter des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR gewesen sein soll. Er sei im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens des Generalbundesanwalts aufgefliegen. Eine Bestätigung gab es dafür zunächst nicht. Die russische Botschaft in Berlin wollte sich zu dem Fall auf dpa-Anfrage vorerst nicht äußern.

Die Bundesregierung hatte zuletzt mehrfach russische Diplomaten als Sanktion ausgewiesen. Im November erklärte sie zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft in Berlin als Konsequenz aus einem Berliner Mordurteil zu „unerwünschten Personen“, was einer Ausweisung gleichkommt. Das Berliner Kammergericht hatte einen 56-jährigen Russen zu lebenslanger Haft wegen Mordes an einem Georgier tschetschenischer Abstammung verurteilt. Die Staatsschutzkammer sah es als erwiesen an, dass der Angeklagte im August 2019 im Auftrag staatlicher russischer Stellen handelte, als er sein Opfer mitten in einer Berliner Parkanlage erschoss.



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/14/232126_0:218:2761:1771_1920x0_80_0_0_35f8a6fa177223cc5584f1061b89af1b.jpg

rusvesna.su: **Putins Donbass-Anordnung hat im ukrainischen Außenministerium für Panik gesorgt**

Das Außenministerium der Ukraine reagierte auf die Anweisung des russischen Präsidenten, die Bereitstellung russischer Zahlungen an Einwohner der DVR und LVR zu vereinfachen. „Wir betrachten die Veröffentlichung der Anordnung des Präsidenten der Russischen Föderation über die Gewährung von Sozialleistungen an Einwohner des vorübergehend besetzten Teils der Gebiete Donezk und Luhansk über das russische Portal „Gosuslugi“ als eine weitere Verletzung der Souveränität der Ukraine, die darauf abzielt, die erzwungene Integration der Bevölkerung der vorübergehend besetzten Gebiete unseres Staates in den politischen, wirtschaftlichen und humanitären Raum Russlands fortzusetzen“, heißt es in der offiziellen Erklärung des Ministeriums.

Das Ministerium betonte, der Kreml habe dafür genau den Zeitpunkt der "Eskalation der Sicherheitslage nahe der ukrainischen Grenze" gewählt.

„In einer Zeit, in der unser Staat und unsere Partner alle Anstrengungen unternehmen, um die Situation zu deeskalieren, trägt die neue Entscheidung der russischen Führung nicht zu diesen diplomatischen Bemühungen bei“, betonte das Außenministerium.

Die russischen Behörden haben wiederholt erklärt, dass das Gerücht über einen angeblich geplanten Angriff auf die Ukraine nichts anderes als eine von den westlichen Medien angefachte Hysterie sei. Erst heute sagte der Sekretär des Sicherheitsrates der Russischen Föderation Patruschew, Russland brauche keinen Krieg, während der Westen bereit sei, ihn zu beginnen und ihn „bis zum letzten Ukrainer“ zu führen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/mid_ukrainy_11.jpg

snews.de: **Lawrow: Russland richtet Sicherheitsanfrage an Nato und OSZE**

Russland wird laut dem Außenminister des Landes, Sergej Lawrow, rechtlich bindende Garantien vom Westen anstreben sowie von der Nato und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) verlangen, zu klären, wie die Maßnahmen der beiden Organisationen zur Stärkung der Sicherheit mit den Rechten anderer Staaten korrelieren. Russland werde vom Westen nicht nur Versprechen „sondern auch rechtsverbindliche Garantien anstreben, die die Sicherheit auf dem gesamten europäischen Kontinent gewährleisten, unter voller und gleicher Berücksichtigung der legitimen Interessen Russlands“, sagte Lawrow im russischen Fernsehen.

Darüber hinaus hat der Minister nach eigenen Angaben die Nato und die OSZE offiziell darum ersucht zu erklären, „wie sie ihre Verpflichtung umzusetzen gedenken, ihre Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu stärken“. Sollten sie dies nicht beabsichtigen, „sollten sie erklären, warum. Dies wird eine Schlüsselfrage bei der Bestimmung unserer zukünftigen Vorschläge sein, die wir dem russischen Präsidenten Wladimir Putin melden werden.“

Der Westen wolle die Ukraine in die Nato ziehen, was die Beziehungen zu Russland „wirklich untergraben“ werde, so der russische Chefdiplomat. Moskau betrachte diese Handlungen als „einen flagranten Verstoß gegen die offizielle politische Verpflichtung [ein Versprechen aus dem Jahr 1990, dass es keine Osterweiterung der Nato geben werde], die die Präsidenten der Vereinigten Staaten und der anderen Mitgliedsländer der Allianz eingegangen sind“.

„Jedes Mal stellt sich heraus, dass sich die Linie, die sie verteidigen sollen, nach Osten verschiebt. Jetzt ist sie schon in der Nähe der Ukraine. Sie wollen dieses Land auch dorthin (in die Nato – Anm.d.Red.) ziehen. Obwohl alle verstehen, dass die Ukraine nicht reif dafür ist und keinen Beitrag zur Stärkung der Nato-Sicherheit leisten wird“, so der Minister.

Ferner betonte er, dass das Bündnis in der westlichen Antwort auf die russischen Vorschläge zu Sicherheitsgarantien als defensiv bezeichnet worden sei, obwohl es laut Lawrow schwierig ist, es als solches zu betrachten.

„Man sollte nicht vergessen, dass sie fast drei Monate lang Jugoslawien bombardiert haben, in Libyen einmarschiert sind und dabei gegen die Resolution des UN-Sicherheitsrates verstoßen haben. Und wie sie sich in Afghanistan verhalten haben“, erklärte er.

„Als die Berliner Mauer existierte, war klar, welches Territorium zu verteidigen war. Nun ist die Mauer weg, im Rahmen der OSZE haben wir ewige Freundschaft, die Unteilbarkeit der Sicherheit, Solidarität verkündet und vereinbart, dass niemand seine Sicherheit auf Kosten

anderer stärken darf – aber sie nehmen weiterhin Länder auf“.

Westliche Staaten werfen Russland seit Wochen vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Deshalb forderte Moskau von den USA und der Allianz verbindliche Sicherheitsgarantien.

Unter anderem geht es darum, dass die Nato weder die Ukraine noch andere postsowjetische Staaten in das Militärbündnis aufnehmen soll.

Die Krise hat in den letzten Wochen das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen zusätzlich belastet. In dieser Woche kündigte US-Präsident Joe Biden an, zusätzliche Truppen nach Osteuropa zu entsenden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/04/3823062_0:0:3110:1750_1920x0_80_0_0_51544fd2bfd013172683cefccbac126.jpg

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 30.01.2022

In den letzten 24 Stunden wurden **drei Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

So hat ein Scharfschütze der 54. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus durch einen zielgerichteten Schuss **einen auf der Straße gehenden Einwohner von Alexandrowka, geb. 1967, verletzt**. Der Mann wurde in das Stadtkrankenhaus Nr. 14 von Donezk eingeliefert, wo er alle qualifizierte medizinische Behandlung erhielt.

Außerdem haben Kämpfer der 54. Brigade heute Morgen von den Positionen im Gebiet von Taramtschuk aus **Jelenowka** mit 60mm-Mörsern beschossen und den Transformator Nr. 1 und eine Antriebsunterstation in der Uliza Depowskaja 6 beschädigt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 53. Brigade 120mm-Mörser eingesetzt, um **Nowaja Marjewka** zu beschießen.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde **ein Verstoß** von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen festgestellt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Brigade von den Positionen in Talakowka aus **Kominternowo** mit Schusswaffen beschossen.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben Kämpfer aus der 53. mechanisierten Brigade ein Abwehrraketensystem „Strela-10“, fünf Schützenpanzer, ein gepanzertes Erkundungs- und Spähfahrzeug, einen Schützenpanzerwagen und einen Panzertransporter auf den Gebieten privater Häuser in Nowotroizkoje stationiert.

Die ukrainische Seite blockiert weiter die Arbeit der OSZE. So hat der Gegner, um die

Erfassung der Stationierung verbotener Waffen der 30. und 36. Brigade zu verhindern, Stationen der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand mobiler Gruppen des 502. und 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Semigorje, Berdjanskoje und Lomakino zu blockieren.

Alle Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission Nr. 21 vom 29.01.2022 bestätigt. Vor dem Hintergrund der nicht zufriedenstellenden materiellen Versorgung **in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte ist ein Absinken des Niveaus der Disziplin festzustellen**, was zu Konflikten mit dem Kommando führt.

So hat im 2. Fallschirmlandeataillon der 25. Brigade der Kommandeur eines Zuges in Ausführung eines Befehls der Brigadekommandeure Kurasch versucht, beim dem ihm unterstellten Personal Geld für die Herstellung weiterer Tarnkittel einzusammeln. Als dies verweigert wurde, versuchte der ukrainische Offizier, durch Drohungen auf die Untergebenen Druck auszuüben, indem er versprach, ihnen die Zahlungen für den Dienst an der ersten Verteidigungslinie zu entziehen. Der entstandene Konflikt führte zu einem Streit, in dessen Ergebnis der Zugführer medizinisch behandelt werden musste.

Das Kommando der OOS ist zutiefst darüber besorgt, dass das geringe Niveau der moralisch-psychischen Resilienz der ukrainischen Soldaten es den unterstellten Einheiten nicht erlauben wird, die vorgesehenen Kampfaufgaben auszuführen, falls entsprechende Anweisungen aus Kiew kommen.

So gingen im Stab der OOS Berichte ein, dass mehr als 130 ukrainische Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten nicht aus dem Urlaub in ihre Einheiten, die Aufgaben in der Konfliktzone im Donbass ausführen, zurückgekehrt sind. Die Kommandeure der Einheiten melden, dass Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und der Militärkommissariate sie nicht am Urlaubsort aufgefunden haben und die Verwandten sich weigern, Kontakt aufzunehmen.

Außerdem ist in den Einheiten der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ die **Arbeit von Militärpsychologen festzustellen, die bei sogenannten Trainings mit dem Personal die ukrainischen Soldaten nach ihrer Bereitschaft fragen, „sich für die Ukraine zu opfern“.**

Viele Soldaten der ukrainischen Streitkräfte verheimlichen nicht, dass das einzige, was sie in der Armee hält, der Sold ist und sie nicht unmittelbar an aktiven Kriegshandlungen teilnehmen wollen, umso mehr als ihre Verwandten und Familien sie darum bitten.

Nach der Einschätzung der Psychologen erklären mindestens 15 bis 25 Prozent der ukrainischen Soldaten offen, dass sie die Absicht haben, die Konfliktzone im Fall einer Verschärfung der Situation zu verlassen, da sie nicht bereit sind, ihre Leben für die persönlichen Interessen der herrschenden Elite des Landes zu riskieren.

de.rt.com: **Russische Goldreserven erreichen neuen Höchststand**

Innerhalb einer Woche sind die Goldreserven Moskaus um 0,2 Prozent gestiegen. In letzter Zeit brachen die Goldreserven des Landes immer neue Rekorde. Inzwischen erreichen sie einen Wert von über 573 Milliarden Euro.

Russlands internationale Reserven sind innerhalb einer Woche um 1,4 Milliarden US-Dollar angestiegen. Wie Daten der russischen Zentralbank zeigen, erreichten sie am 21. Januar dieses Jahres den neuen historischen Höchststand von 639,6 Milliarden US-Dollar (573,1 Milliarden Euro).

Nach Angaben der Regulierungsbehörde stiegen die Reserven um 0,2 Prozent, was auf Devisenkäufe im Rahmen der fiskalischen Regel zurückzuführen ist. Dieser Regel zufolge müssen überschüssige Einnahmen für Devisen ausgegeben werden, was jedoch teilweise durch eine negative Marktneubewertung ausgeglichen wurde.

Russlands internationale Reserven, bei denen es sich um hochliquide ausländische

Vermögenswerte handelt, die von der Zentralbank und der Regierung des Landes vorgehalten werden, bestehen aus Devisenfonds, Sonderziehungsrechten beim Internationalen Währungsfonds (IWF) und Währungsgold.

Die Zentralbank hat ein Zielniveau für internationale Reserven von 500 Milliarden US-Dollar (448,1 Milliarden Euro) festgelegt. Russland überschritt diese Schwelle mit 598 Milliarden US-Dollar erstmals im Jahr 2008. In den folgenden Jahren sind die Reserven mehrmals eingebrochen, unter anderem im Jahr 2015 auf 356 Milliarden Dollar (319,1 Milliarden Euro) infolge der Ölpreiskrise von 2014. Seitdem haben sie sich fast verdoppelt.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f426f4b480cc5f2d0ddebe.jpeg>

snanews.de: **Bundesnetzagentur hält Zulassung von Nord Stream 2 bis Juni für kaum möglich**

Eine schnelle Zulassung für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 ist laut dem Bundesnetzagentur-Chef, Jochen Homann, trotz der Gründung einer deutschen Tochtergesellschaft nicht zu erwarten. Dies meldet die Deutsche Presse-Agentur am Sonntag. Die Eintragung ins Handelsregister sei zwar erfolgt, „es fehlen aber weitere Schritte“, sagte der BNetzA-Präsident gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Montagsausgabe). Bei einem Blick auf die noch ausstehenden Prüfungen komme man schnell zu dem Ergebnis, dass „ein Abschluss im ersten Halbjahr kaum mehr möglich sein wird“.

Am Mittwoch hatte der Betreiber der russischen Pipeline, die Nord Stream 2 AG, die Gründung des deutschen Tochterunternehmens mit dem Namen „Gas for Europe GmbH“ bekannt gegeben und somit eine Auflage der Bundesnetzagentur erfüllt. Nun werde das Unternehmen „so schnell wie möglich“ die erforderlichen Unterlagen zur Fortsetzung des Zertifizierungsprozesses einreichen, wie ein Sprecher am Mittwoch mitteilte.

Die rund 1200 Kilometer lange Pipeline Nord Stream 2, die künftig bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas pro Jahr nach Deutschland und in weitere EU-Länder liefern soll, ist betriebsbereit.

Die Nord Stream 2 AG mit Sitz im schweizerischen Zug hatte bei der Bundesnetzagentur die Zertifizierung der Gasleitung als unabhängige Betreiberin beantragt. Jedoch stoppte die Behörde im November das Zertifizierungsverfahren für die Rohrleitung vorerst und wies darauf hin, dass der Transportnetzbetreiber ein Unternehmen nach deutschem Recht sein müsse.

Hintergrund des Verfahrens ist die EU-Gasrichtlinie, die eine Trennung von Betrieb der Leitung und Vertrieb des Gases vorschreibt. Einziger Anteilseigner der Nord Stream 2 AG ist formal der russische Gaskonzern Gazprom.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/1b/4829053_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_f60ab0a957a50b0cca03fc81afe87d4c.jpg

de.rt.com: **UN-Menschenrechtsrat: Israel droht UN-Einstufung als Apartheidstaat**

Israel versucht, die drohende Einstufung als Apartheidstaat durch den UN-Menschenrechtsrat noch zu verhindern. Kritiker werfen dem jüdischen Staat Verbrechen im Westjordanland vor, die dies rechtfertigen. Andere sehen darin den Versuch der Delegitimierung Israels.

Im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats haben sich in der Vergangenheit neun Untersuchungsausschüsse mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt befasst.

Voraussichtlich zwischen dem 28. Februar und dem 1. April wird der Rat vier Resolutionen gegen Israel verabschieden. Für den Rechtsanwalt Michael Sfard ist es beschlossene Sache, dass Israel im Zuge der Abstimmungen zu einem Apartheidstaat erklärt werden wird. Dadurch würde Israel unter ständige Beobachtung gestellt. Den Anstoß dazu gaben die Eskalationen zwischen der israelischen und der palästinensischen Seite im Mai. Die elf Tage währende Eskalation forderte 250 Todesopfer auf palästinensischer und zwölf auf israelischer Seite. Anlass waren unter anderem Zwangsevakuierungen palästinensischer Bürger in Ostjerusalem. Beleuchtet aber werden alle Handlungen des israelischen Staates seit 1948, mit besonderem Fokus auf den Gazastreifen und das Westjordanland.

Sfard hatte für die linke Nichtregierungsorganisation einen Bericht verfasst, das sich mit dem Vorgehen Israels im Westjordanland befasst. Darin werden Israel Verbrechen vorgeworfen.

Es wird angenommen, dass sich ein Bericht des UN-Menschenrechtsrats im Juni mit dem Thema befassen wird. Die Untersuchungskommission fordert, dass alle Ursachen für "wiederkehrende Spannungen, Instabilität und Konfliktverlängerung, wie auch die systematische Diskriminierung auf der Grundlage nationaler, ethnischer, rassischer und religiöser Identität" genau betrachtet werden.

Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navi Pillay definiert Apartheid als "erzwungene Trennung von Menschen nach Rassen". Ihrer Ansicht nach geschieht dies in Israel. Aus israelischer Sicht ist Gaza eine von der islamistischen Terrorgruppe Hamas regierte feindliche Einheit. Eine Zusammenarbeit mit der UN-Kommission lehnt Israel ab, da diese voreingenommen sei.

Der ehemalige Botschafter Israels bei der UNO Dore Gold hofft auf ein Umdenken: "Apartheid ist zu einer Art Fundamentalvorwurf geworden, mit dem der jüdische Staat delegitimiert werden soll."

Laut einem durchgesickerten Bericht plant das Außenministerium Israels eine Kampagne, damit der Vorwurf der Apartheid abgewehrt werden kann.

Israel wird die UN-Resolutionen zwar nicht aufhalten, diese aber abändern oder verzögern können. Dabei setzt das Land auf die Hilfe der USA und betont, dass die arabische Minderheit im Land volle Bürgerrechte genießt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61f3c397b480cc2a4e25b961.jpg>